

# Kommunistische Partei Deutschlands

## Zentralkomitee

Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

**Telefon:** (0170) 18 314 95

**Email:** [post@k-p-d.org](mailto:post@k-p-d.org)

**Internet:** [www.k-p-d.org](http://www.k-p-d.org)



### Offener Brief des Zentralkomitees der KPD

an alle Abgeordneten der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

#### An:

Dr. Wolfgang Albers  
Philipp Bertram  
Carola Bluhm  
Franziska Brychcy  
Dr. Michael Efler  
Stefanie Fuchs  
Katalin Gennburg  
Harald Gindra  
Gaby Gottwald  
Anne Helm  
Regina Kittler  
Hendrikje Klein  
Franziska Leschewitz  
Dr. Michail Nelken  
Marion Platta  
Kristian Ronneburg  
Carsten Schatz  
Sebastian Schlüsselburg  
Ines Schmidt  
Dr. Manuela Schmidt  
Niklas Schrader  
Katina Schubert  
Tobias Schulze  
Katrin Seidel  
Hakan Taş  
Udo Wolf  
Steffen Zillich

Werte Abgeordnete der Linksfraktion!

Wie Ihnen sicherlich bereits bekannt ist, fand am 10.01.2021 das alljährliche Gedenken an die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg statt. Wie sicherlich ebenso bekannt, verübte die Berliner Polizei gewalttätige Willkürakte gegen Demonstranten einer angemeldeten und genehmigten Demonstration. Als Vorwand dienten angeblich illegale Symbole der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Dieser Umstand ist umso merkwürdiger, da die FDJ noch am 3. Oktober 2020 ganz legal ihren Protest gegen die sogenannten Feierlichkeiten zur deutschen Einheit in Berlin anmelden konnte und die Veranstaltung auch durchführte. Auch dürfte der Berliner Polizei gut bekannt sein, dass mit dem Einigungsvertrag von 1990 Organisationen der DDR in der Groß-BRD legal sind. Dies gilt sowohl für die FDJ als auch für die KPD, die beide mit haarsträu-

benden Methoden der politischen Gesinnungsjustiz 1954 und 1956 in der BRD verboten wurden.

Mit den Gewalt- und Willkürakten vom 10. Januar hat die Polizei somit massiv Recht gebrochen.

Mutige Demonstranten stellten sich solidarisch-schützend vor die FDJ und versuchten sie vor dem Zugriff der um sich schlagenden Polizisten zu bewahren. Nicht nur führte die Polizei durch ihre Gewalttätigkeit neue Fälle für die Notaufnahme in einem ohnehin schon belasteten Krankheitswesen herbei, verantwortungslos nötigte sie durch ihre tätlichen Angriffe auch zur Missachtung der Sicherheitsabstände.

Nun ist es so, dass laut Pressemeldung der Polizei dutzende Ermittlungsverfahren gegen diejenigen eingeleitet wurden, die die FDJ vor dem unrechtmäßigem Zugriff schützten. Den attackierten Demoteilnehmern steht zusätzlich zu körperlichen Schäden in grotesker Täter-Opfer-Verdrehung eine Repressionswelle bevor.

Sie, wer te Abgeordnete, sind Teil der Regierungskoalition in Berlin, der die Polizei unterstellt ist. Bislang konnten wir leider von Ihnen noch keinerlei Pressemitteilung oder öffentliche Äußerung vernehmen, wie Sie zu den Ereignissen stehen oder Hilfe für die Betroffenen leisten. Lediglich Ihr Abgeordneter Niklas Schrader beschränkte sich auf ein äußerst Dünnes „Das geht so nicht“.

Unsere Fragen an Sie als Abgeordnete, deren Stiftung den Namen Rosa Luxemburgs trägt, lauten:

1. Was bedeutet „das geht so nicht“? Billigen oder missbilligen Sie das gewalttätige, unrechtmäßige Verhalten der Berliner Polizei gegen die LL Demo? Warum beschränkt sich ihr Protest auf so wenige Worte und findet keine große Öffentlichkeit?
2. Was unternehmen Sie **konkret** um die nun folgenden Ermittlungsverfahren gegen die Demonstranten niederzuschlagen? Wie üben Sie politischen Druck aus auf die Verantwortlichen, um dies zu erreichen? Werden Sie zum Beispiel einen Untersuchungsausschuss wegen der Vorfälle einleiten? Falls nein, warum nicht?
3. Welche Schritte leiten Sie **konkret** ein, um die Verantwortlichen in den obersten und untersten Kettengliedern der Polizei und Politik zur Verantwortung zu ziehen? Was unternehmen Sie gegen den hier offensichtlich vorliegenden rechtsextremen Geist in der Polizei und dessen Nutzbarmachung von höchster Stelle?
4. Für die Polizei ist Ihr Koalitionspartner SPD verantwortlich. Gibt es hier Gegensätze zu den Koalitionspartnern und falls ja, welche Konsequenz wird daraus gezogen?
5. Welche Schritte werden eingeleitet, um zukünftig weitere Polizeiüberfälle auf die LL-Demo und linke Organisationen zu verhindern?

Angesichts der hohen Zahl von unrechtmäßig mit Ermittlungsverfahren repressierten und körperlich attackierten Demoteilnehmern erwarten wir eine der Dringlichkeit angemessen schnelle und ausführliche Antwort von Ihnen.

Hochachtungsvoll!

Das ZK der KPD

Jürgen Geppert

Amtierender Vorsitzender

Berlin, 19.01.2021